

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
37. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 22. April 1966

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|-------------------------------|---|
| I. 1. Abgeordneter
Hilbert | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die australische Regierung beabsichtigt, wehrpflichtige Einwanderer zum Waffendienst einzuberufen, auch wenn diese nicht die Staatsangehörigkeit dieses Landes erworben haben? |
| I. 2. Abgeordneter
Hilbert | Treffen Pressemeldungen zu, daß die australische Regierung die wehrpflichtigen Einwanderer nach erfolgter Ausbildung im Waffendienst vornehmlich in Südvietnam einzusetzen gedenkt? |
| I. 3. Abgeordneter
Hilbert | Falls die Fragen I/1 und 2 bejaht werden: Kann die Bundesregierung gegen die Heranziehung deutscher, nicht naturalisierter Einwanderer geeignete Schritte bei der australischen Regierung unternehmen? |

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| II. 1. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) | Wie verträgt sich die pauschale Ablehnung von Importanträgen des Porzellanfachhandels für die Einfuhr japanischen Porzellans mit europäischem Charakter im Rahmen der auf 5 Millionen DM erhöhten Ausschreibung mit der seitens der Bundesregierung immer wieder betonten notwendigen und gewünschten Förderung der mittelständischen Wirtschaft, insbesondere auch des Einzelhandels? |
| II. 2. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Richtlinien für öffentliche Aufträge, insbesondere für Lieferungen des Handels im Sinne einer größeren Chancengleichheit, so zu gestalten, daß nicht riesige Formularmassen bewegt werden müssen und auch kleinere Unternehmer sich in der Lage sehen, die Richtlinien zeitlich und personell überblicken und somit sich um öffentliche Aufträge bewerben zu können? |

*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)

Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, im Ministerrat der EWG eine Verlängerung der Verordnung Nr. 56/65 über die Erstattung für Emmentalerkäse im innergemeinschaftlichen Handel noch einmal über die Verordnungen Nr. 85/65 und 151/65 und damit über den 30. März 1966 hinaus zu erreichen?

*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IV. 1. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)

Wann wurde mit der Fertigung des Entwurfs der Verordnung über die Berechnung des Kapitalwertes bei Abfindung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach den §§ 604 und 616 der Reichsversicherungsordnung vom 17. August 1965 (BGBl. I S. 894) begonnen?

IV. 2. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)

Wann wurde der in Frage IV/1 genannte Verordnungsentwurf erstmals mit dem Spitzenverband der Unfallversicherungsträger beraten?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

V. 1. Abgeordneter
Ehnes

Worauf ist es zurückzuführen, daß Mittelfranken bei den Fahrprüfungen von allen Regierungsbezirken Bayerns die höchste Durchfallquote hat?

V. 2. Abgeordneter
Ehnes

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß in Mittelfranken bei den Fahrprüfungen ein außergewöhnlich strenger Maßstab angelegt wird?

V. 3. Abgeordneter
Ehnes

Ist die Bundesregierung bereit, in der Bundesrepublik den Lernführerschein nach dem Muster von England und den USA einzuführen?

Bonn, den 18. April 1966